AfD „gesichert rechtsextremistisch“ – das reicht niemals für ein erfolgreiches Verbotsverfahren

Nach jahrelangen Recherchen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in einem 1.100 Seiten umfassenden Gutachten begründet, was sich seit Monaten schon abzeichnete. Der deutsche Inlandsgeheimdienst sieht die AfD als eine „gesichert rechtsextremistische Partei“ an, die „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen“ verfolge.

„Das in der Partei vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis ist nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar“, schlußfolgert der Verfassungsschutz und unterstellt der AfD, sie betrachte zum Beispiel deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund in muslimisch geprägten Ländern nicht als gleichwertige Angehörige des durch die Partei ethnisch definierten deutschen Volkes.

Für Noch-Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist der Fall „klar und eindeutig“. Faeser wörtlich: „Die AfD vertritt einen ethnischen Volksbegriff, mit dem ganze Bevölkerungsgruppen diskriminiert und Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsgeschichte als Deutsche zweiter Klasse behandelt werden.“ Das widerspreche klar der Menschenwürdegarantie des Artikels 1 des Grundgesetzes.

Wie aber jetzt weiter?

Auffällig ist, dass in der Pressemitteilung des Amtes Wert darauf gelegt wird, die Unabhängigkeit der Überprüfung hervorzuheben. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein. In der AfD bestehen daran aber starke Zweifel vor dem Hintergrund der Amtsführung des ehemaligen Behördenleiters Thomas Haldenwang, der öffentlich mal sagte, es sei *nicht allein seine Aufgabe*, dafür zu sorgen, dass die Umfragewerte der AfD sinken. Nein, Herr Haldenwang, das war überhaupt nicht Ihre Aufgabe. Sicherheitsbehörden und Justiz müssen parteipolitisch vollkommen neutral sein – egal, um wen oder was es geht. Oder schauen Sie den zwielichtigen Verfassungsschutz-Chef Stephan Kramer in Thüringen an, dessen Einstufung der Höcke-AfD im Freistaat unter äußerst dubiosen Umständen zustande gekommen sein soll, was bis heute den Landtag in Erfurt beschäftigt.

Mit der Einstufung der AfD als „gesichert extremistisch“ stehen dem Geheimdienst deutlich mehr Möglichkeiten einer Überwachung der Partei zur Verfügung, etwa der Einsatz von V-Leuten, das Abhören von Telefonaten und anderes. Was der Verfassungsschutz nicht darf ist, eine Partei verbieten. Aber ohne jeden Zweifel wird mit der jetzigen Einstufung die Debatte um ein Parteiverbot deutlich an Fahrt gewinnen.

Aber darf ein Staat, ein freiheitlicher und demokratischer Rechtsstaat wie Deutschland, eine Partei verbieten, die etwa ein Viertel der Wählerschaft repräsentiert und die in manchen Umfragen als stärkste Partei in Deutschland ausgewiesen wird?
Kann man Wähler und ihre Überzeugungen überhaupt verbieten? Ist es noch ein demokratischer Rechtsstaat, wenn man einer gewählten Partei Mitwirkungsrechte im Parlament dauerhaft verwehrt, ihr

den Geldhahn abdreht, was ja in Bezug auf die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung schon seit Jahren geschieht?

Ich halte das nicht nur für problematisch

Ich halte das für undemokratisch, hier finden Verstöße gegen die Spielregeln einer freiheitlichen Demokratie statt, die nicht akzeptabel sind, und die – nebenbei bemerkt – dazu beitragen, dass die AfD immer stärker wird.
Bei der jüngsten Wahl verdoppelte sie die Zahl ihrer Mandate im Deutschen Bundestag. Und da ist noch Luft nach oben, wenn die sogenannten etablierten Parteien nicht eine Kehrtwende hinlegen – in der Politik ebenso wie bei der Verteidigung der demokratischen Grundregeln. Mehrere CDU-Politiker um Jens Spahn haben das vor ein paar Tagen zum Thema gemacht, als er klarstellte, dass die rechte AfD ein politischer Gegner sei, der politisch mit harten Auseinandersetzungen zu bekämpfen sei. Aber nicht mit parlamentarischen Taschenspielertricks.

Zumal vieles, was die AfD heute im Programm stehen hat, 1:1 die Politik beschreibt, die bis vor 20 Jahren noch die Union vertrat. Erst die Merkel-Union hat die Tore weit geöffnet für eine starke Konkurrenz rechts von ihr.

Ich bin immer noch der Meinung, dass es weder begründbar noch strategisch klug wäre, einen Verbotsantrag für die AfD in Karlsruhe einzubringen.
Ich habe die Partei seit ihrer Gründung intensiv publizistisch begleitet. Ich kenne auch heute Bundes- und Landespolitiker der AfD, mit denen ich immer mal wieder im Austausch bin. Diese Leute über einen Kamm zu scheren und per se zu „Nazis“ zu erklären – das ist vollkommen grotesk. Dass es politische Quartalsirre dort gibt – wer wollte das bestreiten? Nur: Solche findet man auch bei anderen Bundestagsparteien, wo sie allerdings deutlich weniger Einfluss auf die Entwicklung ihrer Parteien insgesamt haben als es bei der AfD der Fall ist.

Da haben vom ersten Tag an kluge Leute mit einer ganz eigenen rechtsextremen Agenda im Hintergrund politisch die Fäden gezogen, Bündnisse geschmiedet, Wahlparteitage kaderhaft vorbereitet mit Busfahrten und Hotelzimmer-Kontingenten, die für die „Richtigen“ gebucht wurden. Menschen mit einer extremen Agenda sind immer bereit, persönlich und materiell für ihre Überzeugungen in Vorleistung zu gehen. Bürgerliche sehen, dass die Sonne scheint und fahren mit den Kindern lieber in den Freizeitpark, als zum Parteitag. Die machen das schon ohne mich…

Ein Verbotsantrag gegen die AfD würde – davon bin ich fest überzeugt – in einem Desaster enden. Wenn es nicht gelungen ist, die rechtsradikale NPD zu verbieten, wie soll das bei der weitgehend bürgerlich-rechten AfD funktionieren. Ja, ich weiß, die sind relevanter, weil viel stärker als die unappetitliche Kleinpartei, die jetzt auch anders heißt, und die wird auch nicht dermaßen durchsetzt von V-Lauten sein.

Was man der AfD aber vorwerfen kann ist, dass sie es versäumt hat – wie einst die Grünen – ihren extremistischen Narrensaum aus der Partei, zumindest aus den Führungsfunktionen, stark heraus zu drängen. Jörg Meuthen hat es ernsthaft versucht, hat Parteiausschlussverfahren gegen üble

Rechtsextremisten angestrengt und manchmal auch durchgesetzt. Aber – das sagt er selbst – letztlich ist er gescheitert, den verhängnisvollen Rechtskurs zu stoppen. Das aktuelle Gutachten des Verfassungsschutzes belegt das leider im Nachhinein.

Ein guter Tag für die Ukraine

Die USA und der Ukraine haben gestern ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, das die Zukunft der Beziehungen zwischen den beiden Ländern regelt. Darin wird noch einmal die tiefe Dankbarkeit der Ukraine gegenüber den USA für vielfältige finanzielle und militärische Unterstützung zum Ausdruck gebracht.

Und – was Donald Trump von Anfang seiner zweiten Amstzeit an gefordert hat – die Vereinigten Staaten bekommen im großen Umfang Seltene Erden von der Ukraine geliefert – im Gegenzug für bisherige und zukünftige Waffenlieferungen.

So einen Vertrag schließt man nicht mit einem Land, das man aufgeben will.

US-Finanzminister Scott Bessent sagte, der Vertrag sei „ein klares Signal an den Kreml, dass sich die „Regierung von US-Präsident Donald Trump langfristig für einen Friedensprozess einsetze, in dessen Mittelpunkt eine freie, souveräne und prosperierende Ukraine steht.“

Trump hat seinen Deal. Ich denke, er wird zufrieden sein. Und er wird die Ukraine weiter unterstützen.

Lieber Oskar! Bitte sag Deiner Frau, dass es vorbei ist…

Darf man das „Zickenkrieg“ nennen, was derzeit in der sozialistischen Kleinpartei BSW in Thüringen stattfindet? Oder ist das schon diskriminierend, wenn ein Beobachter einfach aufschreibt, wie es ist?

Sahra Wagenknecht ist eine beeindruckende Frau. Man könnte viel über ihre Lebensgeschichte, ihre Haltung zur SED-Diktatur und ihren erfolglosen Versuch, es ihrem Gatten Oskar Lafontaine gleichzutun, schreiben. Der hatte nämlich einst aus Verdruss über seine SPD den Laden verlassen und etwas Neues gewagt: Eine neue Partei namens WASG gegründet, mit der SED-Nachfolgepartei namens – damals gerade – PDS fusioniert und zu Wahlerfolgen in Ländern und im Bund geführt. Der Oskar, der weiß, wie

es geht.

+++Lesen Sie gern den Frühen Vogel am Morgen?+++Wenn JEDER von Ihnen nur einmal im Jahr 5 Euro überweisen würde, wäre unsere Existenz gesichert+++Und wir brauchen Ihre Hilfe, um unabhängig weitermachen zu können+++Bitte leisten Sie Ihre Spende über PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Und als seine Frau dann Frakionschefin der fusionierten Partei namens Die Linke wurde, wollte sie – na klar – den Laden kontrollieren, die Regeln vor- und den Ton angeben. Aber, leider, leider, ist Demokratie das Bohren dicker Bretter. Und es gibt immer welche, die hinter den Kulissen das Messer wetzen, die eine andere politische Agenda oder auch einfach nur eigene Karrierepläne haben.

Jedenfalls riss der Streit um die rote Sahra irgendwann nicht mehr ab

Vielleicht wird sie daheim auf dem Sofa dann mit ihrem Oskar eine gute Flasche französischen Rotweins geöffnet und die Lage besprochen haben. Und der erfahrene Politfuchs wird ihr empfohlen haben: Mach doch Deine eigene Partei auf! Dann bist Du die Chefin und rockst die Hauptstadt-Bühne, so wie er selbst es einst tat.

So geschah es dann: Neue Partei, personalisierter Parteiname, nur handverlesene Mitglieder zugelassen, Sahra-Superstar in allen Talkshows der Staatsmedien – fast so wie früher..

Doch der Wähler, dieser unberechenbare Schelm…

Der machte Wagenknecht und ihrem Bündnis BSW bei der Bundestagswahl einen Strich durch die Rechnung. Es reichte nicht für den Einzug ins Hohe Haus. Die Fünf-Prozent-Hürde um rund 13.000 Stimmen verfehlt. Dann nochmal partiell gezählt, ein paar Stimmen gefunden, aber es fehlen halt immer noch 9500 Stimmen. Sahra muss draußen bleiben.

Jetzt haben Sie beim Bundeswahlleiter beantragt, alle Stimmzettel der Bundestagswahl noch einmal nachzuzählen. Es müssen sich doch noch ein paar finden lassen, oder? Demokratie ist so mühsam, wir Frau Wagenknecht in manchen einsamen Stunden denken und von der guten alten Zeit in der DDR träumen wird, wo ein Zettel von Hans Modrow mit einer Zahl drauf in Dresden schon vor dem Urnengang festlegte, wie die Wahl auszugehen hat.

Selbst wenn die Bundeswahlkommission beschließen sollte, dass die gesamte Bundestagswahl noch einmal nachgezählt wird – was ist für ausgeschlossen halte – würde das ganze Verfahren Jahre dauern. Aber klar ist: Sahra Wagenknecht wird dem neuen Bundestag auch in ein paar Monaten nicht angehören. Meine persönliche Voraussage: Sie wird dem Bundestag nie wieder angehören.

Denn inzwischen gibt es auch im BSW Ärger

Denn Wagenknecht bekommt Gegenwind, weil irgendwie nicht alle so spuren, wie sie es anordnet. In

Thüringen zum Beispiel. Da gibt es die Landesvorsitzende Katja Wolf, die in der „Brombeerkoalition“ unter CDU-Voigt mitregiert. Das stört Wagenknecht, weil das linksextreme Profil verwässert wurde oder so. Und sie organisierte eine Gegenkandidatin für Wolf beim Landesparteitag, um sie durch Wagenknecht-treue Genossen zu ersetzen. Ähnlich, wie Putin das mit Selenskyj auch möchte. Einfach austauschen. Doch Wolf wurde einfach wiedergewählt – entgegen dem ausdrücklichen Wunsch Wagenknechts.

Das BSW bröckelt an allen Ecken und Kanten

Der Hamburger Landesverband klagt über die „dirigistische Politik“ der Genossin Wagenknecht. BSW-Stadträte in Rostock verließen gerade vorgestern die Wagenknecht-Partei und machten rüber – zurück zur Linken, wo sie hergekommen waren. Und so weiter.

Bei Sandra Maischberger gab sich Wagenknecht jetzt noch einmal in Kämpferpose, das kann sie. Das Parteiprofil der BSW solle „geschärft werden“, und auch der Parteiname geändert, kündigte sie an. „Wir werden größer“, verspricht sie.

Lieber Oskar! Bitte mach eine weitere Flasche Rotwein auf und bitte Deine Frau aufs Sofa! Einer muss ihr sagen, dass es vorbei ist. Bitte!

Blackout in Spanien zeigt, was hier auch passieren kann

Fangen wir mit den guten Nachrichten an. Alle Haushalte auf der iberischen Halbinsel werden wieder mit Strom versorgt. Und: die spanischen Netzbetreiber haben auch Entwarnung mit Blick auf einen mögichen Cyberangriff von Hackern auf die kritische Infrastruktur des Landes gegeben. „Wir können das ausschließen“, sagte der Chef für den Systembetrieb des Netzbetreibers Red Eléctrica Española, Eduardo Prieto, heute auf einer Pressekonferenz.

Das waren aber auch schon alle guten Nachrichten, denn am Tag nach dem großen Stromausfall in Spanien ist immer noch nicht geklärt, wie es zu dem Blackout kam.

Die Zeitung *„El Pais“* berichtet unter Berufung auf Regierungskreise, dass am Vortag innerhalb von Sekunden 15 Gigawatt ohne erkennbaren Anlass plötzlich aus dem Stromnetz „verschwunden“ seien. Verschwunden, das haben sie wirklich so gesagt.

In den Blackout-Stunden war Spanien quasi perfekt down. Züge fuhren nicht mehr, Passagiere wurden evakuiert, Haushalte blieben dunkel, Produktionsstätten standen still. Geldautomaten funktionierten

nicht. Ein Wunder, dass nicht mehr passiert ist. Es gab keine Internetverbindungen, kein Handybetrieb und selbst das Festnetz für die Telefone fiel aus.

Wir sind gespannt, ob sie herausfinden, woran es letztlich lag. Und ob sie es der Bevölkerung dann auch ehrlich mitteilen, denn so einen Kontrollverlust findet kein Staat der Welt gut. Aber es war ein anschauliches Beispiel dafür, was passieren kann, auch bei uns. Und Militärs und Terroristen auf der ganzen Welt werden dieses Vorgang genau studieren.

Frieden in der Ukraine? Wer soll das denn absichern?

Der amerikanische Präsident Donald Trump versichert, die USA und Russland hätten sich auf einen „Deal“ zur Beendigung des Krieges in der Ukraine verständigt. Und Trumps Sondergesandter Steve Witkoff ist heute Morgen erneut auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo gelandet, um mit der Kremlspitze weiter über diesen angeblichen „Deal“ zu verhandeln.
Der russische Außenminister Segej Lawrow gibt inzwischen den netten Onkel und versichert im US-Fernsehnetzwerk CBS, es seien nur noch ein paar Details zu klären, dann könnte man einen Friedensvertrag unterschreiben – zwischen Russland und den USA. Ein paar Details bedürften jetzt noch der „Feinjustierung“, aber: „Wir bewegen uns in die richtige Richtung.“

Merken Sie was? Irgendwas fehlt doch da…

Ach ja, richtig! Die Ukraine. Was deren Recht ist, was die Ukrainer wollen, und was die zum ganzen Theater sagen – das spielt anscheinend keine Rolle.

Und deshalb wird es in absehbarer Zeit auch keine Einigung, keinen Frieden und keine Waffenruhe geben. Leider…

Donald Trump hat im Wahlkampf den Amerikanern versprochen, er werde den Krieg in der Ukraine innerhalb von 24 Stunden nach Amtsübernahme im Weißen Haus beenden.
Das hat nicht ganz geklappt, aber haken wir es ab. Politiker halt. Und wenn man in einem Land lebt, in dem der zukünftige Bundeskanzler vor der Wahl die strikte Einhaltung der Schuldenbremse verspricht, und wenige Tage danach das größte Schuldenprogramm in der Geschichte auflegt, dann sollte man sich in puncto Wahlversprechen wirklich anderen gegenüber zurückhalten.

Außer Aktionismus hat die Trump-Administration bisher nichts vorzuweisen. Dennoch hat Trump –

unbeabsichtigt oder in vollem Bewusstsein – einen guten Job gemacht. Für den Kreml.
Nicht nur, dass er unablässig auch die irrsten Narrative des Kreml nachplappert (Selenskyj sei schuld am Krieg), dass er den ukrainischen Präsidenten vor den Augen der Welt wie einen Schuljungen maßregelt im Weißen Haus und sich über dessen Kleidung lustig macht, er erzielt eine beträchtliche Wirkung in der amerikanischen Bevölkerung, was deren Einstellung gegenüber Putins Russland anbetrifft.

+++Die Zukunft dieses freien Mediums wackelt+++Wenn Sie unsere Kommentare und Analysen schätzen, dann spenden Sie bitte mit PayPal *@KelleKlaus* oder mit einer Überweisung auf unser Konto DE19 1005 0000 6015 8528 18+++

So äußerten sich in einer seriösen Umfrage vergangenes Jahr noch 61 Prozent der Amerikaner in die Richtung, dass die Russische Föderation eine große Gefahr für Nordamerika und Europa darstellt. Jetzt, ganz aktuell, sehen das nur noch 50 Prozent so. Der Kreml sollte ein paar Flaschen Krimsekt ins Weiße Haus schicken, wahrscheinlich würden sie die direkt öffnen und austrinken vor lauter Putin-Besoffenheit. Ohne zu checken, ob Nowitschok drin ist.

Dabei zeigt, und das überrascht mich wirklich, Trump, wie schwach er als mächtigster Mann auf dem Planeten in Wirklichkeit agiert oder vielleicht sogar ist. Während der US-Präsident von „Deals“ und von großen Fortschritten auf dem Weg zum Frieden palavert, lässt Putin Tag für Tag weiter Bomben und Raketen auf ukrainische Städte hageln, jeden Tag sterben dort unbeteiligte Zivilisten, Frauen und Kinder. Und wie reagiert Trump darauf? Auf X mit einem Tweet „Vladimir stopp!“ Das wird den Massenmörder im Kreml tief beeindruckt haben.

Und so ist es alternativlos, dass Europa schnell und stark in das Machtvakuum stößt, das sich gerade auftut

Aber nicht einmal dazu sind wir in der Lage.
Auf Ungarn und die Slowakei ist kein Verlass mehr, das wissen alle. Beunruhigend ist, dass nun auch die Niederlande anfangen zu wackeln. NATO-Generalsekretär Mark Rutte war jüngst bei Donald Trump im Weißen Haus und sagte anschließend, man sei sich einig, dass Russland auf Sicht die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt darstellt. Ist man sich da wirklich einig?

Europa und die NATO sind ganz offensichtlich nicht mehr voll handlungsfähig, wenn es um die Ukraine geht.

So versucht man nun, eine „Koalition der Willigen“ auf die Beine zu stellen. Mit Frankreich, Großbritannien, Polen und Deutschland als Kernteam. Deutschlland? Ach halt, wir haben ja noch gar keine Bundesregierung, keinen Kanzler, keine Minister. Nix.

Nicht, dass das unseren Lebensalltag bisher irgendwie negativ beeinträchtigt. Aber Koalition der Willigen ohne Anführer? Wie soll das gehen?
Und überhaupt, wie kann denn einer anführen – nehmen wir an, er wollte es – ohne eine starke funktionsfähige Armee? Und wenn die Amerikaner ausfallen – ich hoffe immer noch, dass das nicht

passiert – wer breitet dann den atomaren Schutzschirm schnell über uns aus? Deutschland kann es ja nicht sein, Frankreich und England haben welche, aber viel zu wenige, und Macron wird kaum Friedrich Merz fragen, was er mit seinen Atomraketen tun oder lassen soll.

Gehen wir ganz praktisch vor

Nehmen wir an, Trump und Putin bekommen einen Deal hin, Selenskyj stimmt zu und gibt ein Fünftel des Staatsgebietes als Belohnung an den Massenmörder im Kreml ab. Wer sichert das dann ab?
Die Amis wollen nicht mitmachen, aber ohne deren Ausspähfähigkeiten, ihre Satelliten, wird es nicht gehen. Welche europäischen Armeen könnten die Absicherung eines Friedensschlusses in der Ukraine garantieren und im Notfall auch Russland trotzen? Klar, Soldaten aus den europäischen NATO-Ländern gäbe es wohl – aber ausreichend?

Bundeswehr-Generalleutnant a. D. Roland Kather beziffert die Anzahl der benötigten Streitkräfte mit bis zu einer Viertelmillion Soldaten, weil die Kontingente rotieren müssen. Sind die in Europa verfügbar, ohne dass die Verteidigung der jeweiligen Staaten gefährdet wäre? Jetzt werden sogar erste Stimmen laut, man müsse Blauhelmsoldaten aus Afrika für die Absicherung der Ukraine einfliegen. Geht's noch?

Und dabei muss ein unangenehmes Thema auf den Tisch, das die Unterstützer der Ukraine lange nicht angerührt haben.
Was ist mit den geschätzt 250.000 wehrfähigen jungen Männern aus der Ukraine, die in Deutschland einen Flüchtlingsstatus haben und die sich offenbar der Verteidigung ihres eigenen Landes verweigern? Ja, die Ukraine muss unterstützt werden, um sich zu verteidigen. Wir müssen ihnen weiter Waffen, Know How, Munition und auch nachrichtendienstlich helfen. Aber es ist nicht einzusehen, dass wir darüber sprechen, unsere Kinder als Soldaten in die Ukraine zu schicken, während eine Viertelmillion ukrainische wehrfähige Männer sich der Pflicht zur Verteidigung ihres eigenen Vaterlandes bei uns in Deutschland entziehen.

GASTSPIEL MARTIN EBERTS: Buona sera, Papa Francisco!

Einen würdigeren Abschied hätte man sich nicht denken können: Aus dem Krankenhaus kam er noch zurück in seine Wohnung im *Domus Sanctae Marthae;* trotz der Krankheit zum Tode, die ihn bereits gezeichnet hatte. Kein Sterben zwischen Apparaten und Medizinern, sondern daheim. Seine letzte Amtshandlung war es, den Ostersegen Urbi et Orbi zu erteilen, schon gezeichnet und schwach, aber präsent und seiner Mission treu. Schöner kann es am Ende für einen Papst nicht sein.

In seiner Autobiographie mit dem programmatischen Titel „Hoffe", die Anfang dieses Jahres auch auf

Deutsch erschien, schrieb Franziskus bescheiden, kaum noch als Pontifex, wieder einfach als Jorge Mario, von seinem letzten Wunsch: Gott möge ihm gewähren, am Ende nicht zu sehr zu leiden, der Herr wisse ja, dass er „nicht sehr tapfer“ sei, wenn es um körperliche Schmerzen geht. Auch diesen Wunsch hat ihm der Allmächtige erfüllt. Er war wieder sehr gut zu seinem Diener.

Natürlich ein Reformer

Viel wird nun geschrieben über Franziskus’ Pontifikat; es stand immer ein wenig im Schatten seiner beiden epochalen Vorgänger. Und es stand im grellen Licht aufgeregter Medien, die immer und immer wieder irgendetwas auf ihn und sein Wirken projizierten. Die Rolle als mutmaßlicher „Reformer“ wurde ihm mit aller Gewalt übergestülpt. Natürlich wollte er auch vieles reformieren, so wie noch jeder neue Papst. Und er hat es auch getan; aber oft nicht im Sinne der Erwartungen von außen.

Manchmal ließ er sich mitreißen von echter oder gespielter Begeisterung in seinem Umfeld: War es zum Beispiel wirklich nötig, für eine letztlich marginale Region wie Amazonien, in der quasi nur eine Handvoll Katholiken lebt, eine eigene Synode in Rom einzuberufen? Auch der übermäßige – und nicht immer konstruktive – Einfluss seiner Mitbrüder im Jesuitenorden wurde zu Recht mehrfach kritisiert. Aber wenn Franziskus merkte, dass man ihn instrumentalisieren wollte, dann wusste er gegenzusteuern und einen falschen Eindruck auch öffentlich zu korrigieren.

Pro-Life-Pope

So waren letztlich auch die Initiatoren jener Synode enttäuscht davon, dass der Pontifex Maximus für sie die Lehre der Kirche nicht ändern mochte. Und nicht den geringsten Zweifel ließ Franziskus jemals an seinem klaren Bekenntnis für das Leben; allen Abwieglern und Relativierern die Stirn bietend und mit voller Autorität des Lehramtes trat er stets für die Schwachen in der Welt ein, und ganz gewiss auch für die Schwächsten unter ihnen, die Ungeborenen, sehr zum Ärger vieler Progressisten.

Hirte mit Stallgeruch

Eine umfassende Würdigung seines Pontifikates und seiner langfristigen Wirkungen wird noch Zeit brauchen. Aber was für ihn in jedem Fall als typisch in Erinnerung bleiben wird, das ist seine unbefangene Art und seine Zugewandtheit, seine Rede vom Geruch der Schafe, den der gute Hirte mitbringen müsse, um ihr Vertrauen zu verdienen. Es war ihm egal, ob das manchmal Spott auslöste, oder ob seine oft spontanen, gar sorglosen Formulierungen zu Versuchen führten, ihn für politische Agenden einzufangen. Am Ende blieb er sich und seinem Amt als Nachfolger Petri immer treu.

Die Crux mit den Deutschen

Zur Kirche in Deutschland blieb Franziskus’ Verhältnis problematisch. Den kaum verhüllten Ungehorsam aus den Reihen der Bischofskonferenz nahm er mit wahrhaft bewundernswerter Ruhe hin. Keine stoische Ruhe war das, sondern die der christlichen, brüderlichen Nächstenliebe. Das wurde leider von den Betreibern politischer Programme im Rahmen des „synodalen Wegs“ kaum gewürdigt. Franziskus mag

das als typisch deutsche, romkritische Obsession verstanden haben, aber in Kenntnis der abnehmenden Bedeutung der Kirche in Deutschland betrachtete er es mit Geduld. Er hat jedenfalls nie versucht, den gordischen Knoten dieser kindischen Widerständigkeit einfach durchzuhauen.

Maria Knotenlöserin

Apropos Knoten. Der junge Priester Jorge Mario Bergoglio kannte Deutschland von einem Studienbesuch in der Achtziger Jahren. Dabei hat er wohl das berühmte Marienbild „Maria Knotenlöserin“ in der Kirche St. Peter am Perlach in Augsburg gesehen; er soll sogar eine Kopie mit nach Hause genommen haben. Franziskus’ intensive Marienfrömmigkeit ist unbestritten, und sie dürfte jenen selbsternannten Modernisten, die ihn immer für sich einspannen wollten, ein arger Dorn im Auge gewesen sein. In jedem Fall ist dieses Bild der Muttergottes, die mit himmlischer Geduld und überirdischer Intuition unlösbare Knoten löst, wie gemacht für Papst Franziskus. Und wie viele hoffnungslos scheinende Verknotungen und Verdrehungen musste er in seinem Pontifikat lösen!

Die Fürbitte zur Muttergottes war für Franziskus eine Konstante seines Lebens, eine unerschöpfliche Quelle der Zuversicht und des Trostes. Und deshalb hat er auch bestimmt, nicht im Petersdom, sondern in jener anderen großen Papstbasilika im Rom beigesetzt zu werden, der Marien-Kirche *Santa Maria Maggiore*. In seiner erwähnten Autobiographie schreibt er, der Vatikan sei der Ort seines letzten Dienstes gewesen, nicht seine ewige Wohnung.

Demut und Hoffnung

Demütig war der erste Auftritt Jorge Mario Bergoglios als Papst; sein einfacher Abendgruß „Buona sera“ an die begeisterten Gläubigen auf dem Petersplatz ist in Erinnerung. Und demütig ist es auch von ihm, und nicht etwa ein Akt der Distanzierung von den Ruhestätten seiner Vorgänger, dass er seine letzte Ruhestätte nicht im Petersdom sucht – und ein Zeichen seiner großen Liebe zur Gottesmutter Maria.

R.I.P.

Das von Papst Franziskus ausgerufene *Heilige Jahr der Hoffnung* dauert an. Es ist in gewisser Weise sein schönstes Vermächtnis; nutzen wir es und lesen wir nach, was der Papst damit bewirken wollte, denn das wäre die schönste Art ihn zu ehren und seinem Pontifikat Reverenz zu erweisen! (Vgl. die Eröffnungsbulle „Spes non confundit“: https://www.vatican.va/content/francesco/de/bulls/documents/20240509_spes-non-confundit_bolla-giubileo2025.html). Die christliche Hoffnung gründet in der Auferstehung Jesu Christi, die wir in dieser österlichen Zeit feiern. Es ist ganz im Sinne des heimgegangenen Papstes, das Heilige Jahr in diesem Sinne weiter zu begehen.

+++Die Uhr tickt+++Bitte spenden Sie für die Zukunft dieses Blogs+++DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder PayPal @KelleKlaus+++

Ostern ist wie der Lackmustest: Nichts gegen bunte Eier, aber hier geht’s um was ganz Anderes…

Wie ist das Osterfest, das wichtigste aller christlichen Feste, auf den Hasen gekommen? Und wieso die bunten Eier? Die landläufigen Erklärungen klingen etwas künstlich: Die Eier als Symbol für das Leben, mit Vorbildern schon im alten Ägypten? Und die Hasen mit ihrem zugewandten Fortpflanzungsverhalten…? Alles irgendwie positiv und lebensbejahend, oder? Nun ja; etwas banal auch. Da haben wir noch Glück gehabt, dass nicht Heuschrecken oder andere, noch reproduktivere Symbol-Tierchen gewählt wurden. So sympathisch Hasen auf der Wiese und bunte Eier auf dem Tisch auch sind, das lenkt nur davon ab, worum es am Osterfest geht, und was vielen Zeitgenossen leicht zu viel wird: die Auferstehung Jesu Christi von den Toten.

Das gibt’s ja gar nicht…?

Ist so etwas wie die Auferstehung von den Toten nicht ganz und gar unvereinbar mit unserem modernen wissenschaftlichen Weltbild? Das denkt in Deutschland sicher eine satte Mehrheit der Leute, selbst solche, die noch Wert darauf legen, Christen genannt zu werden. Aber das stolze Heranziehen unseres wissenschaftlichen Erkenntnisstandes ist eine ahistorische und – mit Verlaub – etwas hochmütige Einstellung. In Wirklichkeit messen wir heute wie vor 2000 Jahren anhand ganz ähnlicher Kriterien, und die haben wenig oder nichts mit dem tatsächlichen Stand der naturwissenschaftlichen Forschung zu tun. Den meisten Leuten, auch Wissenschaftlern, reicht es zu fragen: Kann ich mir das vorstellen? Passt das zu meinen gewohnten Plausibilitäten? Ja, oder nein? Insofern hat sich seit dem ersten Jahrhundert gar nicht so viel geändert.

Was Paulus schon wusste

Schon der Apostel Paulus musste das seinerzeit erfahren, als er vor den Athenern redete (Apg. 17, 16-34). Das waren aufgeschlossene Leute, sie gehörten zu den klügsten ihrer Zeit, aufgeklärt und immer interessiert an Neuem, auch in religiösen Dingen. Anfangs lief es ganz gut, aber als er anfing von der Auferstehung der Toten zu reden, war das für seine Zuhörer schnell zu viel: *„Darüber wollen wir dich ein anderes Mal hören“*; was höflich ausgedrückt war und heißen sollte: Also das geht uns jetzt doch zu weit.

Es muss Paulus geschmerzt haben, denn er war ja nun definitiv von der Seite der gebildeten Ungläubigen gekommen und hatte die transzendente Realität des auferstandenen Jesus Christus quasi „auf die harte Tour“ gelernt. Er sah, dass die Leute sich selbst im Weg standen, dass sie sozusagen Schuppen auf den Augen hatten. Offenbar gab ihm das aber eine besondere Hartnäckigkeit und eine überzeugende Ausstrahlung, denn später war er sehr erfolgreich mit seiner Predigt unter den Griechen.

Echtheitstest für Jesus-Bilder

Wir sind heute alle ein wenig wie die Athener damals. Das ist übrigens auch der Grund, warum die meisten Leute Weihnachten für das wichtigste christliche Fest halten, und nicht Ostern. Als mehr oder weniger säkularisierter Zeitgenosse kann man sich mit der – notfalls etwas verschlankten – Weihnachtsgeschichte noch irgendwie arrangieren. Dieser Jesus war ja doch ein ganz netter Kerl, und jeder macht sich seinen eigenen Reim darauf. Der eine sieht da einen Friedensapostel, der andere einen Revolutionär. Mal wird er als Prediger höchster moralischer Ansprüche, mal als alles verstehender Liberaler dargestellt.

Die selbstgemachten Jesusbilder sind so zahlreich, wie die gesellschaftlichen und theologischen Moden. Und jeder findet einen vermeintlichen Anknüpfungspunkt irgendwo im Neuen Testament. Zum Schwur kommt es aber dann am Osterfest; das ist der endgültige Lackmustest für alle Jesusbilder. Zu Ostern erweist sich, ob sie echt christlich sind, oder „fake".

Worum es wirklich geht

Der schon erwähnte Apostel Paulus sagt es wie es ist: Ohne die Auferstehung Jesu wäre der ganze christliche Glaube hinfällig: *„Ist aber Christus nicht auferweckt worden, dann ist unsere Verkündigung leer und euer Glaube sinnlos."* (1 Kor 15, 14). Das ist an Deutlichkeit nicht zu übertreffen und es muss vielen Leuten laut in den Ohren klingen, die sich mit einem „entmythologisierten", modern anmutenden, quasi entschärften Kulturchristentum zufrieden geben. Aber all das, was das Christentum an kulturellen und wissenschaftlichen Voraussetzungen unserer Welt von heute gebracht hat, das gibt es nicht ohne jenes unglaubliche Osterereignis.

Dieser Jesus ist ausweislich des Zeugnisses des Neuen Testaments vom Tode auferstanden. Aber nicht so wie eine wiederbelebte Leiche, nicht so wie er selbst den Lazarus und andere ins Leben zurückgeholt hat; die sind dann ja später doch gestorben. Nein, seine Auferstehung transzendiert das rein Biologische, schlägt eine Brücke zum Absoluten.

Was „auferstanden" bedeutet

Die Berichte der Evangelien stimmen auf faszinierende Weise überein: Dieser Auferstandene ist echt lebendig, obwohl er echt tot war. Aber lebendig auf eine ganz neue Art: Seine engsten Freunde erkennen ihn nicht sofort; dann aber, wenn er sie anspricht, doch klar und deutlich. Er ist leibhaftig da, isst sogar mit ihnen. Aber dann ist er plötzlich ihren Blicken – und ihrem Zugriff – entzogen. Er ist auf einer höheren Ebene, transzendiert im ursprünglichen Wortsinne die kontingente Welt.

Es war diese Erfahrung, die aus furchtsamen, enttäuschten und verzweifelten Jüngern, die weggelaufen waren und glaubten, mit dem Tod des Meisters sei alles zu Ende, alles umsonst, alles vorbei, mit einem Schlag unerschrockene Bekenner, frohgemute Verkünder, begeisterte und gläubige Christen gemacht hat.

Warum uns das betrifft

Ein beeindruckender Befund, in der Tat. Aber das ist doch nur die halbe Wahrheit. Denn was wäre diese Auferstehung wert, wenn sie nur ein außergewöhnliches Ereignis vor zwei Jahrtausenden gewesen wäre, etwas Unerhörtes, das aber nur diesen einen Mann betraf? Mit anderen Worten: was ginge uns das an? Es zeigt sich, dass der Glaube an die Auferstehung Christi nicht zu haben ist ohne den Glauben an seine göttliche Natur. Denn das ist es, was alle Christen aller Konfessionen zu allen Zeiten am Osterfest feiern: dass der Mensch gewordene Gott durch sein Leiden, Sterben und Auferstehen uns Menschen erlöst hat.

1700 Jahre Konzil von Nicäa…

Jesus ist „wahrer Mensch und wahrer Gott“ – das ist die Formel, auf die es das Konzil von Nicäa gebracht hat. In diesem Jahr feiern wir das eintausendsiebenhundertjährige Jubiläum dieses wichtigsten aller Konzilien. Auch im Jahr des Heils 325 konnte man schon ziemlich klar denken, auch Dinge, die aus den Plausibilitätsstrukturen unseres Alltagsverständnisses weit herausragen.

…und Schrödingers Katze

Das erinnert ein wenig an das physikalische Denken unserer Zeit, das auch ohne Alltags-Plausibilität auskommen muss – zum Beispiel, wenn es dort um den Teilchen- und Wellencharakter des Lichtes geht, um Quantenphysik oder um Schrödingers Katze. Auch dabei geht es um Zusammenhänge, die eigentlich „unmöglich“ scheinen, und die wir aus der Hand der Physiker doch dankend akzeptieren. Logisches, präzises Denken führt aus der begrenzten Sicht des unmittelbar Anschaulichen weit hinaus.

Und die Leute konnten damals eben auch schon äußerst logisch denken und unterscheiden, bei allem was ihrer Erkenntnis zugänglich war. Aber natürlich kam ihnen noch der Heilige Geist zu Hilfe (was nicht heißen soll, dass er Wissenschaftlern unseres Zeitalters nicht beistünde).

Die gute Nachricht weitergeben

Wie war das noch mit den Hasen und Ostereiern? Egal! Die schaden ja nicht, erfreuen jedenfalls viele Kinderherzen, und das ist ein Wert an sich. Aber vergessen wir nicht, worum es bei diesem Hochfest eigentlich geht. Und geben wir es an unsere Kinder weiter, nicht nur die Ostereier. Es ist ein schönes Geschenk, und es gibt auch ein gutes Gefühl: einfach anzunehmen, was uns hier gegeben wird, ganz ohne unser Zutun, nicht weniger als die endgültige Überwindung von Leiden und Tod.

In diesem Sinne: Frohe und gesegnete Ostern!

Martin Eberts

Zeitenwende

Guten Morgen, liebe Leserinnen und Leser!

Sicher sind die meisten von Ihnen in österlicher Grundstimmung, stürmen noch Supermärkte oder Feinkostgeschäfte, um die fehlenden bunten Eier zu besorgen. Ich hoffe, Sie bekommen dass alles so hin, wie sie es sich vorstellen!

Ich habe die beiden vergangenen Tage genutzt, um mich mit einigen Freunden und Familienmitgliedern auszutauschen, ob überhaupt oder wie es weitergehen soll mit meinen publizistischen Aktivitäten und der Netzwerkarbeit.

Mein Blog Denken Erwünscht existiert seit 12 Jahren, in meiner Erinnerung war es der dritte bürgerlich-konservative Blogger in Deutschland nach Henryk M. Broders Achse und Roland Tichy.

Zweieinhalb Tausend Beiträge habe ich dort bisher geschrieben, es gab mehrere Millionen Zugriffe über die Jahre, im Forum bisher über 50.000 Kommentare. Man kann nicht sagen, dass meine und die Gastbeiträge nicht Beachtung fanden, was sich aus Zuschriften und Anrufen von Entscheidern in der Politik ergibt, ein paar Mal auch durch Rechtsanwaltsbriefe. Wäre schlimm, wenn nicht.

Diese Online-Tageszeitung TheGermanZ und das Beiboot „Kelle“ haben deutlich höhere Zugriffszahlen. Der vergangene *Frühe Vogel* über Carsten Linnemann hatte hier knapp 37.895 Aufrufe. Das Interview mit der CDL-Chefin Susanne Wenzel, die Berichterstattung über die neuen Gäste unseres Landes aus Afghanistan und über den Meloni-Besuch im Weißen Haus wurden jeweils von Tausenden gelesen. Aber Journalismus im Internet ist für Nischenmedien wie unseres nicht zu finanzieren, wenn nicht ein oder mehrere große Geldgeber dahinterstehen. Davon bin ich nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre fest überzeugt.

Hier mal ganz konkret: In den vergangenen sieben Tagen haben Peter, Kristine, Achim und zwei weitere Leser Geld gespendet – zusammen eine Wocheneinnahme von 240 Euro. Und ich bin den fünf mir persönlich unbekannten Lesern und allen anderen, die immer wieder 10, 50, auch mal 100 Euro spenden, damit ich und wir unsere Arbeit machen können, wirklich sehr dankbar. Aber es reicht objektiv einfach nicht, um das alles auf Dauer zu betreiben, um Gehälter und Honorare zu bezahlen, herumzureisen, die Technik auf dem neuesten Level zu halten. Man muss das akzeptieren, es ist einfach so.

Einige von Ihnen wissen, dass ich vorher recht erfolgreich im Mainstream unterwegs war, zuletzt als stellvertretender Redaktionschef der BILD in NRW. Klasse Job, toller Laden, 14 Monatsgehälter, keine Probleme. 2007 habe ich mich entschieden, in Freundschaft zu gehen und etwas Eigenes zu machen. Aus heutiger Sicht würde ich es nicht mehr.

Aber ich hadere auch nicht

Es ist ein gutes Gefühl, frei zu sein, das machen zu können, was man ganz gut kann und auch gerne

macht. Es ist ein gutes Gefühl, wenn man nicht nur arbeitet, um Geld zu verdienen, sondern etwas tun kann, was für die Gesellschaft und Gleichgesinnte vielleicht einen Wert hat. In meinem Fall das Netzwerken und das Scheiben. Aber nun, am Osterfest 2025 ist für mich meine persönliche Zeitenwende.

Wenn ich jetzt so weitermache wie in den vergangenen drei Jahren, fahre ich wirtschaftlich gegen die Wand, und das habe ich nicht vor. Das kann und werde ich schon wegen meiner Kinder und meinem (bisher) einzigen Enkel nicht tun.

Und es stellt sich die Sinnfrage

Denn ich möchte mein Deutschland zurück. Nicht die 80er Jahre, ich gehöre nicht zu den „Früher war alles besser „Beschwörern. Aber ich möchte, dass Recht und Gesetz für alle gelten, dass hier jeder denken und sagen kann, was er oder sie will, ohne Nachteile deshalb zu haben.

Ich will eine freie Marktwirtschaft mit Unternehmern, die ihre Firmen ohne ideologische Fesseln führen können. Ich will, dass unsere Grenzen durchlässig sind für diejenigen, die unser Land weiterbringen und auch die, die aus begründeter Angst um ihr Leben aus ihrer Heimat flüchten mussten und um Hilfe schreien. Aber nicht für grinsende „junge Männer“, die ihre Ausweise „verloren“ haben, aber die Smartphones retten konnten, die hier „Allahu Akbar“ grölen, jeden Tag Messerangriffe verüben, zweimal die Woche Gruppenvergewaltigungen, ein Delikt, das es in meiner alten Bundesrepublik gar nicht gab. Wer zu über 90 Prozent die Täter sind? Darf ich hier nicht schreiben, mein weißer Frottee-Bademantel ist nicht fotogen genug für die Kameras morgens an der Haustür.

Was können wir überhaupt tun, um die ätzenden Zustände in Deutschland zu verändern?

Die SPD, der hippe Koalitionspartner von Friedrich Merz, hat heute Morgen vorgeschlagen, was wirklich wichtig ist: Auf keinen Fall dürfe man der AfD die Vorsitze von Fachausschüssen des Bundestages geben, die der Partei zustehen. Dieser Umgang mit der AfD ist nicht in Ordnung, jeder weiß es, auch CDU-Bundestagsabgeordnete sagen mir das im persönlichen Gespräch. Und dann stimmen sie dagegen, weil die Fraktionsdisziplin das erfordert und man ja „gegen rechts“ sein muss.

Ich habe keine Lust mehr auf dieses Theater

Eine wirkliche Politikwende wird es in Deutschland so definitiv nicht geben. Nicht geben können.

Mit Kleinspenden, Abos und Werbebannern ist unser Betrieb – alle drei Portale – nicht mehr zu betreiben. So deutlich muss ich das sagen, hätte es im Grunde schon vergangenes Jahr sagen müssen. Aber das Prinzip Hoffnung ist bei mir als Christ fest im Kopf verankert.

Es gibt einen Plan, an dem ich seit Wochen arbeite. Ja, ich werbe weiter um Abonnements und Spenden werben. Und ich laufe durchs Land, um neue Gesellschafter und frisches Geld zu akquirieren. Es gibt einen Plan für die kommenden drei Jahre, auch auf der Einnahmenseite voran zu kommen. Aber jetzt null Risiko mehr, die alljährliche Schwarm-Konferenz der Bürgerlichen – abgesagt, weil die Finanzierung

nicht sicher war.

Jede Unterstützung ist herzlich willkommen

Jede Idee, jeder Euro – her damit! Und wenn wir bis Ende Juni keine tragfähige Lösung für die Zukunft haben, dann ist es eben vorbei. So schade, wie es dann auch sein wird. Und so sinnfrei, im Grunde außer starken Artikeln geschrieben und tollen Leuten kennengelernt, politisch nichts wirklich bewegt zu haben. Aber bis dahin versuche ich, versuchen wir alles, um eine Zukunft für unsere freien Medien zu bauen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich von Herzen gesegnete Ostertage!

Ihr Klaus Kelle *(k.kelle@the-germanz.de)*

Wenn Sie uns unterstützen möchten, spenden Sie bitte über PayPal @KlausKelle oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18…

Einfache Lösungen gibt es nicht: Soll Deutschland sein Wort gegenüber den afghanischen Ortskräften brechen?

138 Afghanen sind gestern Abend in einer von der Bundesregierung gecharterten Maschine auf dem Flughafen Leipzig/Halle gelandet: 45 Kinder und Jugendliche, 76 Frauen und 62 Männer – alle haben eine rechtskräftige Aufnahmezusage der alten Bundesregierung.

Das ist der Ausgangspunkt

Ein Sprecher des Innenministeriums versicherte, dass alle Einreisenden unter Sicherheitsgesichtspunkten überprüft würden – wir wissen aus anderen Fällen, wie das verläuft. Da wird ein Gespräch geführt: Sind Sie Terrorist? Dann sagt das Gegenüber: Nein. Und dann gibt es einen Stempel und rein nach „Germoney“.

Aber tatsächlich ist das für einen Rechtsstaat ein Problem, was gerade passiert.

Wir alle wissen, dass es Zehntausende Illegale aus Afghanistan in Deutschland gibt. Sie sind nicht gekommen, weil sie verfolgt werden oder ihr Leben ernsthaft in Gefahr ist. Sie sind gekommen, weil sie hier die Chance auf ein besseres Leben haben, eine Perspektive auf Wohlstand, medizinische Versorgung und Freiheit. Das kann man den Leuten nicht verdenken, wären wir in Afghanistan oder Burkina Faso oder im Kongo aufgewachsen, wir würden wahrscheinlich auch versuchen, da um jeden Preis rauszukommen.

Das ist deren Perspektive

Aber es ist nicht unsere.

Deutschland hat sich mit dem Merkelschen Irrsinn, die Grenzen für Millionen kulturfremde Menschen zu öffnen, massiv übernommen. Städte und Gemeinden wissen nicht mehr, wie die die Leute unterbringen und finanzieren sollen, die da zugeteilt werden. Migranten aus islamischen Ländern haben andere Vorstellungen über das Leben in einer freien Gesellschaft, über die Rolle der Frau, über unsere Gesetze und Traditionen, über unseren christlichen Glauben

Das ist deren Problem, sollte man meinen

Aber tatsächlich ist es ein großer Teil unserer Gesellschaft, die diese Zustände durch ihre Wahlentscheidungen erst möglich gemacht haben. Merkel hat mit dem Wahnsinn begonnen, Grüne und Rote blockieren bis heute jeden Versuch, Illegale wenigstens abschieben zu lassen. Eine Welle der Messergewalt schwappt über unser Land, Menschen sterben, und niemand hat den Mut und die Kraft, das endlich zu beenden. Außer die AfD, die das sicher machen würde, die aber politisch nichts zu melden hat – man kann das bedauern, aber so ist die Lage.

„Wir werden freiwillige Bundesaufnahmeprogramme so weit wie möglich beenden (zum Beispiel Afghanistan) und keine neuen Programme auflegen“, heißt es im Koalitionsvertrag der wahrscheinlich nächsten Bundesregierung. Aber ob das wirklich konsequent durchgezogen wird? Mit Frau Esken? Zweifel sind erlaubt, aber es ist alternativlos.

Der Zustrom illegaler Migranten nach Deutschland MUSS enden. Hunderttausende rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber MÜSSEN raus aus Deutschland, auch um Platz zu schaffen für die, die wirklich unter Krieg und Verfolgung leiden und Hilfe brauchen.

+++Wir benötigen Ihre Unterstützung, um unsere publizistische Arbeit fortsetzen zu können+++Bitte spenden Sie über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18++++

Doch zurück zu den Afghanen, die in Islamabad festsitzen

Sie warten auf ihre Ausreise nach Deutschland. Darunter sind die meisten sogenannte „Ortskräfte“, das sind frühere Mitarbeiter der Bundeswehr vor Ort. Der *Deutsche Reservistenverband* hat zum Thema eine klare Haltung. Natürlich müssen unsere afghanischen Kameraden rausgeholt werden. Und zynisch: *„Vielleicht ist beim Führungspersonal der Bundesregierung das Phänomen Kameradschaft schlicht unbekannt.“*

Ja, vielleicht!

Auf der Internetseite des Reservistenverbandes heißt es über die Einsatzveteranen der Bundeswehr weiter:

„Sie erzählen, wie sehr sie gemeinsam erlebte Extremsituationen mit afghanischen Ortskräften zusammengeschweißt haben. Dass sie teils zum engsten Freundeskreis gehören. Die Afghanen sind zu Kameraden geworden, auch wenn sie Zivilisten und Ausländer sind. Dass die Bundesregierung diese afghanischen Kameraden zu lange ignoriert hat, empört viele Soldaten."

Und das empört auch mich. Natürlich, die afghanischen Ortskräfte wurden für ihre Arbeit gut entlohnt, gut versorgt. Sie hatten ein besseres Leben als Mitarbeiter der Deutschen, als sie es vorher gehabt haben. Aber sie waren loyal, viele haben ihr Leben riskiert in gemeinsamen Einsätzen mit unseren Soldaten. Sie haben auf uns vertraut, auf die Zusagen unserer Regierung, sie herauszuholen, wenn die Taliban mit ihrem Steinzeit-Islam wieder die Macht übernehmen.

Und jetzt soll das alles nicht mehr gelten?

Weil unsere Politiker nicht fähig sind, illegale Afghanen abzuschieben? Weil afghanische Gewalttäter schlimme Straftaten bei uns begehen?

Sollen wir ausgerechnet den 2600 Afghanen in Islamabad, die für uns gearbeitet haben und darauf vertrauen, dass Deutschland sein Wort hält, im Stich lassen, während gleichzeitig Zehntausende Illegale weiter hier „geduldet" werden? Ein freiheitlicher Rechtsstaat darf das nicht zulassen.

Bundeskunstpreis für linke Gewalttäterin

Kann sich unser Rechtsstaat eigentlich noch lächerlicher machen? Eine kriminelle Linksextremistin namens Hanna Schiller, die derzeit in Untersuchungshaft sitzt und in München wegen mehrerer Gewalttaten vor Gericht steht, wurde jetzt mit dem Bundeskunstpreis ausgezeichnet.

Der wird u.a. gestiftet vom BMBF, dem Bundesministeriums für Bildung und Forschung, und finanziert mit 30.000 Euro aus Steuergeldern sowie einem 18.000-Euro-Stipendium.

Schiller soll zusammen mit Lina E, (30) Anführerin der sogenannten „Hammerbande" gewesen sein, die in Deutschland und Budapest (Ungarn) gewalttätige Angriffe auf vermeintliche „Rechtsextremisten" verübt haben. Dabei wurden mehrere der Opfer schwer verletzt. In der Anklageschrift heißt es in einem Fall: „Das Opfer erlitt dadurch erhebliche Kopfwunden, die zum Tode hätten führen können."

Lina E. wurde inzwischen zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Entscheidung für Schiller steht noch aus. Das Portal „Tichys Einblick“ fand aber heraus, dass die bis heute an der Nürnberger Akademie der Bildenden Künste eingeschriebene Studentin Schiller, mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wird, also der parteinahen Stiftung der SED/Linke, die alljährlich Millionen Euro Steuergelder aus dem Bundeshaushalt und anderen staatlichen Töpfen erhält.

Über die Preisverleihung habe eine „unabhängige Jury“ entschieden.

Schiller hatte Arbeiten wie eine *„gewebte Matte aus Frauenhaar“ eingereicht, ein Werk, das sich „mit „strukturellen wie faktischen Macht- und Gewaltmechanismen“ auseinandersetze, schreibt die Jury.* Über die reale nackte Gewalt, die Schiller selbst ausgeübt haben soll, findet sich kein Wort in der Laudatio.

Wir alle dürfen nun gespannt sein, wie es weitergeht

Die BILD berichtet, im Bundesbildungs- und Forschungsministerium sei man einigermaßen erschrocken über den Vorgang. Man sei dabei, den Sachverhalt zu klären und dann über „etwaige Konsequenzen“ zu entscheiden.

Und wir werden das für Sie im Auge behalten. Versprochen!